



**Betreff:**

öffentlich

**Verstetigung des Modellprojekts "Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam"**

|  |                  |            |
|--|------------------|------------|
| Einreicher: FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung | Erstellungsdatum | 14.04.2016 |
|  | Eingang 922:     | 14.04.2016 |

| Beratungsfolge:   |  | Empfehlung | Entscheidung |
|-------------------|--|------------|--------------|
| Datum der Sitzung | Gremium  |            |              |
| 04.05.2016        | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam |            |              |

**Beschlussvorschlag:** Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die mit dem Beschluss 12/SVV/0539 als zunächst befristetes Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam“ geschaffenen Einrichtungen Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung gehen nach dem Ende der Modelllaufzeit am 31. Oktober 2016 als dauerhafte Einrichtungen in den unbefristeten Regelbetrieb.
2. Die in der begleitenden Evaluation durch das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) ausgesprochenen Empfehlungen für eine Fortführung finden hierbei Berücksichtigung. Im Einzelnen sind dies:
  - Die Rollen und Aufgabenprofile der beiden Hälften der WerkStadt für Beteiligung werden deutlicher abgegrenzt schriftlich fixiert.
  - Die WerkStadt für Beteiligung führt ein strategisches Projektmanagement ein. Im Zuge dessen konzentriert es sich stärker auf die Entwicklung und Umsetzung strategisch-konzeptioneller Bausteine mit denen Angebote zur Qualitätssteigerung von Beteiligungsprozessen geschaffen werden. Diese sind sowohl an die Einwohnerschaft als auch an die Verwaltung und Politik gerichtet. Hierzu gehört u.a. die Umsetzung des bereits geplanten Beteiligungsatlases.
  - Die WerkStadt für Beteiligung wird Auswahl- und Bewertungskriterien entwickeln, mit denen Art und Umfang der Unterstützung von konkreten Beteiligungsprozessen nach einer objektivierten Methode entschieden werden kann.
  - Es wird geprüft, mit welchen Gremien/Methoden ein dauerhafter verwaltungsweiter Austausch zu Stärkung der Beteiligungskultur angestoßen werden kann.  
Der Hauptausschuss erhält jährlich einen Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen.
3. Zur Auswahl der künftigen Trägerschaft des verwaltungsexternen Teils der WerkStadt für Beteiligung wird eine Vorlage nach der Sommerpause 2016 im Hauptausschuss der Landeshauptstadt Potsdam eingebracht.
4. Zur Frage der inneren Verfasstheit des Beteiligungsrats wird im IV. Quartal 2016, unter Berücksichtigung der dort gewonnenen Ergebnisse und der Hinweise der Evaluation durch das Deutsche Institut für Urbanistik, eine Vorlage in die SVV eingebracht.

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

- Ja, in folgende OBR:
- Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf
  - zur Information

**Finanzielle Auswirkungen?**

Nein

Ja

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen**

**Fazit Finanzielle Auswirkungen:**

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

## Berechnungstabelle Demografieprüfung:

|   |   |  |  |  |                                 |                                      |
|---|---|--|--|--|---------------------------------|--------------------------------------|
| Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen<br>Gewichtung: 30 | Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern<br>Gewichtung: 10 | Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen<br>Gewichtung: 20 | Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten<br>Gewichtung: 20 | Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen<br>Gewichtung: 20 | <b>Wirkungsindex Demografie</b> | <b>Bewertung Demografie-relevanz</b> |
|   | 3   |  |  |  | <b>30</b>                       | <b>geringe</b>                       |

### Begründung:

Das Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam“ hat sich in seiner Ausgestaltung und Zielrichtung bewährt. Dies trifft sowohl auf den Beteiligungsrat als beratendes Gremium der Stadtverordnetenversammlung nach Hauptsatzung zu, als auch auf die WerkStadt für Beteiligung mit ihrer bundesweit einmaligen Struktur. Diese Einschätzung wird insbesondere durch den beigefügten Evaluationsbericht des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) unterstrichen.

Die WerkStadt wird zu gleichen Teilen von der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam als auch einem freien Träger betrieben. Diese zweigeteilte Struktur sollte zugleich eine kritische öffentliche Kontrolle von städtischen Beteiligungsprozessen sicherstellen, als auch deren tatsächliche Reichweite in der Stadtgesellschaft durch die von Beginn an umfassendere Perspektive erhöhen. Nicht nur das überwiegend positive Feedback aus Politik, Verwaltung und Einwohnerschaft, sondern auch die vorliegenden Ergebnisse der Evaluation bestätigen (vergleiche insbesondere Kapitel 3.2 der Evaluation), dass sich diese Erwartung erfüllt hat.

Gleichwohl ist festzuhalten, dass nicht alle der im Rahmen der Modelllaufzeit für die WerkStadt vorgenommenen Ziele bis Oktober 2016 erreicht sein werden. So benennt die Evaluation des DIFU einige noch offene Punkte, die auch bei einer Verstetigung berücksichtigt werden. Hierzu gehört eine klarere Abgrenzung Aufgaben- und Rollenprofile der beiden Teile der WerkStadt, die Einführung eines strategischen Projektmanagements, die Entwicklung von Auswahl- und Bewertungskriterien für Beteiligungsprozesse sowie Maßnahmen zur weiteren Stärkung der verwaltungsweiten Beteiligungskultur.

Der Beteiligungsrat der Landeshauptstadt Potsdam setzt sich zusammen aus bis zu 15 Personen, neun Vertreterinnen und Vertretern der Einwohnerschaft, zwei Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, 2 Mitarbeitende der Verwaltung unterstützt von bis zu zwei Fachleuten. Die insgesamt neun Sitze der Einwohnerinnen und Einwohner werden durch ein Losverfahren geschlechterparitätisch besetzt, wobei eine Person nicht älter 21 Jahre („Jugendsitz“) sein darf. Der Beteiligungsrat versteht sich als unabhängiges Gremium, das Beteiligungsprozesse in Potsdam kritisch begleitet und bei Bedarf unabhängige Handlungsempfehlungen formuliert.

Mit Ausnahme des Jugendsitzes, bei dem eine personelle Kontinuität bislang nicht erreicht werden konnte, hat sich diese Sitzverteilung in der Praxis bewährt. Der Beteiligungsrat diskutiert aktuell Empfehlungen für eine Verstetigung des Gremiums, die er an die Stadtverordnetenversammlung übergeben möchte. Das DIFU wird seinerseits voraussichtlich im Sommer 2016 die detaillierte Evaluation des Beteiligungsrates vorlegen, wobei es die grundsätzliche Sinnhaftigkeit des Gremiums bereits zum jetzigen Zeitpunkt als bestätigt ansieht (vergleiche Kapitel 3.3). Ausgehend von den ausformulierten Rückmeldungen von Beteiligungsrat und DIFU wird die Landeshauptstadt Potsdam eine eigenständige Vorlage mit detaillierten Vorschlägen für die Fortführung des Beteiligungsrates einbringen.

### **Anlage**

vorläufiger Evaluationsbericht

## Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorlage

**Betreff:** Verstetigung des Modellprojekts "Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam"

1. Hat die Vorlage finanzielle Auswirkungen?  Nein  Ja
2. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe?  Nein  Ja
3. Ist die Maßnahme bereits im Haushalt enthalten?  Nein  Ja  Teilweise
4. Die Maßnahme bezieht sich auf das Produkt Nr. 11147 Bezeichnung: WerkStadt für Beteiligung.
5. Wirkung auf den Ergebnishaushalt:

| Angaben in EUro                            | Ist-Vorjahr | lfd. Jahr        | Folgejahr        | Folgejahr        | Folgejahr        | Folgejahr | Gesamt             |
|--|-------------|------------------|------------------|------------------|------------------|-----------|--------------------|
| <b>Ertrag</b><br>laut Plan                 |             | 0                | 0                | 0                | 0                |           | 0                  |
| <b>Ertrag</b><br>neu                       |             | 0                | 0                | 0                | 0                |           | 0                  |
| <b>Aufwand</b><br>laut Plan                |             | 332.100          | 338.200          | 340.600          | 343.900          |           | 1.354.800          |
| <b>Aufwand</b><br>neu                      |             | <b>332.100</b>   | <b>353.200</b>   | <b>355.600</b>   | <b>358.900</b>   |           | <b>1.399.800</b>   |
| <b>Saldo Ergebnishaushalt</b><br>laut Plan |             | - 332.100        | - 338.200        | - 340.600        | - 343.900        |           | - 1.354.800        |
| <b>Saldo Ergebnishaushalt</b><br>neu       |             | <b>- 332.100</b> | <b>- 353.200</b> | <b>- 355.600</b> | <b>- 358.900</b> |           | <b>- 1.399.800</b> |
| <b>Abweichung</b><br><b>zum Planansatz</b> |             | 0                | - 15.000         | - 15.000         | - 15.000         |           | - 45.000           |

5. a Durch die Maßnahme entsteht eine Haushaltsbelastung über den Planungszeitraum hinaus bis jährlich in der Höhe von insgesamt 358.900 Euro.

6. Wirkung auf den investiven Finanzhaushalt:

| Angaben in Euro                            | Bisher bereitgestellt | lfd. Jahr | Folgejahr | Folgejahr | Folgejahr | Folgejahr | Bis Maßnahmeende | Gesamt   |
|--|-----------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|------------------|----------|
| <b>Investive Einzahlungen</b><br>laut Plan |                       | 0         | 0         | 0         | 0         |           | 0                | 0        |
| <b>Investive Einzahlungen</b><br>neu       |                       | 0         | 0         | 0         | 0         |           | 0                | 0        |
| <b>Investive Auszahlungen</b><br>laut Plan |                       | 0         | 0         | 0         | 0         |           | 0                | 0        |
| <b>Investive Auszahlungen</b><br>neu       |                       | 0         | 8.000     | 8.000     | 8.000     |           | 24.000           | 24.000   |
| <b>Saldo Finanzhaushalt</b><br>laut Plan   |                       | 0         | 0         | 0         | 0         |           | 0                | 0        |
| <b>Saldo Finanzhaushalt</b><br>neu         |                       | 0         | - 8.000   | - 8.000   | - 8.000   |           | - 24.000         | - 24.000 |
| <b>Abweichung</b><br><b>zum Planansatz</b> |                       | 0         | - 8.000   | - 8.000   | - 8.000   |           | -24.000          | - 24.000 |

7. Die Abweichung zum Planansatz wird durch das Unterprodukt Nr. Bezeichnung gedeckt.

8. Die Maßnahme hat künftig Auswirkungen auf den Stellenplan?  Nein  Ja  
Mit der Maßnahme ist eine Stellenreduzierung von \_\_\_\_\_ Vollezeiteinheiten verbunden.  
Diese ist bereits im Haushaltsplan berücksichtigt?  Nein  Ja
9. Es besteht ein Haushaltsvorbehalt.  Nein  Ja

Hier können Sie weitere Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen darstellen (z. B. zur Herleitung und Zusammensetzung der Ertrags- und Aufwandspositionen, zur Entwicklung von Fallzahlen oder zur Einordnung im Gesamtkontext etc.).

Der Bereich 929 WerkStadt für Beteiligung mit der Produktbezeichnung „Büro für Bürgerbeteiligung“ hat den Mehrbedarf im Ergebnishaushalt für die HH-Jahre 2017 sowie die neu verfügbaren Mittel im investiven Finanzhaushalt ab 2017 ff. bei der Fachbereichsleitung angemeldet. Aus diesem Grund werden diese bei den finanziellen Auswirkungen aufgeführt.

**Anlagen:**

- Erläuterung zur Kalkulation von Aufwand, Ertrag, investive Ein- und Auszahlungen  
**(Interne Pflichtanlage!)**
- Anlage Wirtschaftlichkeitsberechnung (anlassbezogen)
- Anlage Folgekostenberechnung (anlassbezogen)

**Dr. Stephanie Bock**  
**Dr. Bettina Reimann**

# Evaluation des Modellprojekts „Strukturierte Bürgerbeteiligung“

## 4. Zwischenbericht

---

3. März 2016

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH





## Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Kurzfassung der Zwischenergebnisse .....                                  | 4  |
| 1. Vorbemerkung .....   | 4  |
| 2. Methodische Bausteine und Arbeitsschritte .....                        | 5  |
| 3. Evaluationsergebnisse – Zwischenbilanz und Handlungsempfehlungen ..... | 7  |
| 3.1. Das Modellvorhaben.....  | 8  |
| 3.2. Baustein „WerkStadt für Beteiligung“ .....                           | 9  |
| 3.3. Baustein „Beteiligungsrat“ .....                                     | 15 |
| 3.4. Baustein „Grundsätze für Bürgerbeteiligung in Potsdam“ .....         | 18 |
| 3.5. Baustein „Evaluation“ .....  | 19 |
| 4. Nächste Arbeitsschritte bis zum Abschluss der Evaluation .....         | 20 |
| <br>  |    |
| ANHANG .....  | 21 |
| Interviewpartner/innen.....   | 21 |



## Kurzfassung der Zwischenergebnisse

Als Zwischenergebnis der begleitenden Evaluation von Juni 2014 bis Februar 2016 ist festhalten, dass das Modellprojekt als mutige Idee und bundesweit einmaliger experimenteller Ansatz über ein tragfähiges innovatives Gesamtkonzept mit den drei Bausteinen WerkStadt für Beteiligung, Beteiligungsrat und Grundsätze der Beteiligung verfügt. Das Modellprojekt hat einen gelungenen Start genommen und erheblich dazu beitragen, die Ansätze der Bürgerbeteiligung in Potsdam quantitativ und qualitativ weiterzuentwickeln und den Dialog zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft zu qualifizieren. Auf der einen Seite werden Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Beteiligung durch veränderte Beteiligungsformate, -verfahren und -routinen besser adressiert und einbezogen (top-down), auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten zur Aktivierung der Stadtgesellschaft durch die Initiierung von Kommunikation, Dialogen und Bürgerbeteiligung transparenter und zugänglicher geworden (bottom-up).

Die Evaluation leitet hieraus folgende Empfehlungen ab:

- Das Modellvorhaben „Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam“ sollte verstetigt werden.
- Die drei Bausteine des Modellprojekts (WerkStadt für Beteiligung, Beteiligungsrat, Grundsätze für Beteiligung) sollten in ihrer Struktur und ihren Zielen beibehalten werden.
- Offen gebliebene Fragen zu den drei Bausteinen und ihrem Zusammenwirken sollten im Zuge der Verstetigung bearbeitet und geklärt werden. Hierfür werden in der vorliegenden Zwischenbilanz Empfehlungen unterbreitet.

## 1. Vorbemerkung

Der vierte Zwischenbericht der Evaluation des Modellprojekts „Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam“ umfasst eine Zwischenbilanz der Evaluationsergebnisse und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen zur Verstetigung des Modellvorhabens. Eingangs werden die Aufgabenstellung der Evaluation dargelegt sowie unter Punkt 2 alle bislang durchgeführten Arbeitsschritte aufgeführt. In Punkt 3 werden die Zwischenergebnisse der Evaluation sowie die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen zur Fortsetzung vorgestellt.

Zum 1. Juni 2014 beauftragte die Landeshauptstadt Potsdam, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit der begleitenden Evaluation des Modellprojekts „Strukturierte Bürgerbeteiligung“. Der Auftrag erstreckt sich bis Oktober 2016. Gegenstand der Evaluation ist das auf drei Jahre angelegte Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung“ mit seinen spezifischen Elementen „Büro für Bürgerbeteiligung“ (seit 2014 umbenannt in WerkStadt für Beteiligung), „Beteiligungsrat“ und „Grundsätze für Bürgerbeteiligung in Potsdam“. Ziel ist es, in einem dialogischen Forschungsprozess die Ziele des Modellprojekts auf ihre Umsetzung und Zielerreichung hin zu überprüfen und Handlungsempfehlungen zur Weiterführung des Modellprojekts abzuleiten.

Da in der ersten Jahreshälfte 2016 über eine Fortsetzung, die Verstetigung oder das Auslaufen des Modellvorhabens entschieden werden muss, legt die Evaluation auf Wunsch des Auftrag-

gebers mit dem vorliegenden 4. Zwischenbericht – trotz noch ausstehender methodischer Bausteine – eine Zwischenbilanz der Evaluation vor und unterbreitet Handlungsempfehlungen zur Fortsetzung des Projekts.

Die Zwischenergebnisse basieren auf der Analyse schriftlichen Materials zum Modellprojekt, der Auswertung von Interviews mit einem ausgewählten Kreis von Akteuren, der teilnehmenden Beobachtung der Sitzungen des Beteiligungsrates, der Ergebnisse aus vier Reflexionsrunden, an der Vertreterinnen und Vertreter der WerkStadt für Beteiligung und des Beteiligungsrates teilnahmen, einem Workshop für die WerkStadt für Beteiligung sowie vertiefenden Gesprächen mit dem Auftraggeber (vgl. Punkt 2 sowie die Liste der Interviewpartner/innen im Anhang sowie Punkt 4 zum weiteren Vorgehen).

Die Zwischenergebnisse und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen sind als Zwischenbilanz aus einem noch nicht abgeschlossenen Prozess zu verstehen. Auch wenn die Befunde in den verbleibenden Monaten der Evaluation um die Ergebnisse der zweiten Interviewphase, der fortgesetzten Auswertung von schriftlichem Material sowie eines weiteren Reflexionsworkshops ergänzt werden, stellen die Zwischenergebnisse eine hinreichende Grundlage dar, um über eine mögliche Verlängerung oder Verstetigung des Modellvorhabens zu entscheiden.

## 2. Methodische Bausteine und Arbeitsschritte

Die reflexive, prozessbegleitende (formative) Evaluation zielt zunächst auf das Verstehen von Prozessen und Zusammenhängen und dann auf das Messen von Zielen und Wirkungen. Da sich das Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung“ in der Phase der Erprobung befindet und experimentell angelegt ist, verwehrt sich der Untersuchungsgegenstand angesichts seiner Komplexität und seines Modellcharakters gegen klare Kausalitäten. Zudem weisen Evaluationen im Themenfeld Bürgerbeteiligung, die sich auf die Analyse der Wirkungen konzentrieren, erhebliche methodische Unsicherheiten auf, da Wirkungen und deren Ursachen in dem vorgegebenen Untersuchungszeitraum so gut wie nicht zu erfassen sind. Die Evaluation ist deshalb kooperativ und dialogorientiert angelegt. In ihrem Verlauf werden (Zwischen-) Ergebnisse vor- und zur Diskussion gestellt und den enger beteiligten Akteuren Raum für Selbstreflexion geboten. Auch die Evaluatorinnen verstehen sich hierbei als Lernende.

Da die Evaluation die Implementation des Modellprojekts begleitet und nicht nur zum Ende der dreijährigen Projektlaufzeit eine zusammenfassende Bewertung der Umsetzung und Zielerreichung vorlegen soll, kommt eine Kombination von qualitativen und quantitativen Methoden zum Einsatz. Das Methodenspektrum reicht von der Analyse und Auswertung schriftlicher Materialien wie Konzepte, Beschlüsse und Arbeitsgrundlagen, über die beobachtende Teilnahme an ausgewählten Sitzungen und Veranstaltungen sowie einerseits mündlichen leitfadengestützten Experteninterviews (qualitativ) und andererseits standardisierten schriftlichen (quantitativ) Befragungen, bis hin zu Gruppendiskussionen und Reflexionsrunden mit ausgewählten Akteuren. Die methodische Vielfalt setzt sich somit sowohl aus deskriptiv-analytischen als auch aktiv-gestaltenden, prozessorientierten und konstruktiv kommunikationsfördernde Elementen zusammen.

Im Einzelnen wurden im Zeitraum von Juni 2014 bis Februar 2016 folgende methodische Arbeitsschritte durchgeführt:

- Analyse und Auswertung schriftlicher Materialien:
  - Infoordner „Das Modellprojekt „Büro Für Bürgerbeteiligung“ (Dokumente aus dem Beteiligungsprozess 2011-2013: Protokolle der Ausarbeitungsphase, Projektbeschreibungen zum Büro für Bürgerbeteiligung, zum Beteiligungsrat und zu den Grundsätzen für Bürgerbeteiligung sowie Anträge und Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung)
  - Potsdam mitgestalten: Modellprojekt 1. Jahresbericht 2014
  - Potsdamer Schriftenreihe: Bürgerbeteiligung, Band 1- 3
  - Website zur Bürgerbeteiligung der Landeshauptstadt Potsdam: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/>,
  - Interne Unterlagen
- Beobachtende Teilnahme
  - Teilnahme an 14 Sitzungen des Beteiligungsrates (inkl. interne Protokollierung und Auswertung): 2014: 21.5., 19.6. 28.8., 25.9., 4.12., 2015: 27.1., 17.2., 22.4., 19.5., 17.6., 8.9., 18.11., 2016: 13.1.,17.2.
- Durchführung und Auswertung von Interviews und Befragungen
  - ein- bis zweistündige Interviews mit 14 Personen (Liste der Interviewpartner/innen s. Anhang); alle Gespräche face-to-face; gemeinsam geführt von Stephanie Bock und Bettina Reimann; inklusive Erarbeitung von Gesprächsleitfäden und Dokumentation mit einem Aufnahmegerät und schriftliche Protokollierung aller Gespräche;
  - Schriftliche Befragung der Mitglieder des Beteiligungsrates
  - Erstellung eines Fragebogens für die Teilnehmenden an konkreten Veranstaltungen zur Evaluierung einzelner Beteiligungsprojekte;
- Reflexionsrunden und Gruppendiskussionen
  - Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung (Protokollierung) von vier Reflexionsworkshops (10.7.2014; 4.12.2014; 7.7.2015; 16.12.2015);
  - Durchführung eines Workshops mit der WerkStadt für Beteiligung am 9.10.2015
- Arbeitssitzungen mit dem Auftraggeber und Zwischenberichte
  - Erstes Auftakttreffen mit dem Auftraggeber und der WfB am 21.5.2014
  - Erörterung/ Arbeitssitzung mit dem Auftraggeber am 17. Februar 2015 und am 17. Februar 2016
  - Vorlage von drei Zwischenberichten (12.8.2014; 16.12.2014; 14.7.2015)

Die im Folgenden dargestellten Zwischenergebnisse der Evaluation basieren auf der Auswertung und Zusammenführung der einzelnen methodischen Bausteine zu den im Folgenden genannten Themenschwerpunkten des Modellvorhabens:

- Rahmenbedingungen, Organisation und Auftakt des Modellprojekts: Entstehungsgeschichte und Rahmenbedingungen; Einführung und Etablierung des Büros für Bürgerbeteiligung als zentrale Koordinations- und Steuerungseinheit für Bürgerbeteiligung in Potsdam (Funktion des „Schnittstellenmanagements“); Arbeitsweisen und Rollenverständnisse;

- Ziele und Inhalte: Inhaltliche Aufgabenstellung und Bausteine des Modellprojekts; Themen und Projekte der Beteiligung; Entwicklung von Standards für Beteiligungsprozesse einschließlich niedrigschwelliger Beteiligungsverfahren;
- Prozesse und Strukturen: Zusammenarbeit zwischen externem und internem Teil des Büros für Bürgerbeteiligung; Kooperationsstrukturen zwischen Stadtverwaltung, städtischer Politik und Bürgerschaft, d.h. beiden Teilen des Büros für Bürgerbeteiligung, Beteiligungsrat, Geschäfts- und Fachbereichen der Stadtverwaltung, Bürgerschaft, Bürgerinitiativen, Stadtverordnetenversammlung; Vernetzung; Information und Kommunikation;
- Perspektive: Handlungsempfehlungen zur möglichen Weiterentwicklung des Modellprojekts.

Ein besonderes Augenmerk wird bei der Analyse des Zusammenspiels der verschiedenen am Prozess beteiligten Akteure und Akteursgruppen auf die in einer deutschen Kommune erstmalig erprobte zweiteilige und gleichberechtigte Struktur des Büros für Bürgerbeteiligung gelegt. Gleichwohl werden die Mitwirkung und das Zusammenspiel mit weiteren Geschäfts- und Arbeitsbereichen der Stadtverwaltung, mit der Stadtverordnetenversammlung sowie mit der Bürgerschaft und Bürgerinitiativen in den Blick genommen. Konkrete Beteiligungsprojekte und -verfahren sind nur insoweit Gegenstände der Evaluation, wie internes und externes Büro für Bürgerbeteiligung daran mitwirken.

Um die Leistungen des Modellprojekts – und seine Einbettung in vergleichbare kommunale Aktivitäten zur (Weiter-)Entwicklung einer kommunalen Beteiligungskultur – bewerten und interpretieren zu können, griffen die Evaluatorinnen neben den projektbezogenen Erhebungen auf eigene Erfahrungen der Prozessbegleitung in anderen Kommunen und auf vorliegende Evaluationsberichte sowie empirische Untersuchungen zur Umsetzung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung, zum Aufbau einer kommunalen Beteiligungskultur sowie zu einzelnen Beteiligungsprojekten in verschiedenen bundesdeutschen Kommunen zurück.

Die im Folgenden dargestellten Evaluationsergebnisse gliedern sich in die Bewertung des Modellprojekts insgesamt, die Bewertung einzelner Bausteine des Modellprojekts (Büro für Bürgerbeteiligung und Beteiligungsrat; Grundsätze) und die Bewertung des Zusammenspiels der Bausteine des Modellprojekts.

### **3. Evaluationsergebnisse – Zwischenbilanz und Handlungsempfehlungen**

Die Landeshauptstadt Potsdam möchte mit dem Modellprojekt „mehr Beteiligung wagen“, hierzu wird eine strukturell „neue Mischung“ der verschiedenen Akteursgruppen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik erprobt. Das Modellprojekt zielt auf qualitativere Projekte und verbesserte Kommunikationsprozesse. Damit verfolgt es – sicherlich auch als Reaktion auf die fehlende Akzeptanz des ersten Anlaufes zur Neukonzeptualisierung der Bürgerbeteiligung in Potsdam – einen hohen Anspruch und ambitionierte Ziele.

Diese Ziele verlangen von allen Beteiligten viel Zeit, hohes Engagement, große Kompromissbereitschaft und erhebliche Offenheit. Gleichzeitig setzt das Modellprojekt umfangreiches (Erfahrung-)Wissen und spezifische Kompetenzen voraus sowie die Bereitschaft, die eigene Rolle in

Frage zu stellen und neu auszurichten. Dies führt dazu, dass sich alle Beteiligten schnell und gut in das Modellvorhaben und die neuen Strukturen einarbeiten und dort zurechtfinden mussten, um in der dreijährigen Projektlaufzeit erste sichtbare Ergebnisse erzielen und in der Potsdamer Öffentlichkeit wahrgenommen werden zu können. Dieser hohe Anspruch auf der einen Seite und fehlende Referenzprojekte und übertragbare Erfahrungen auf der anderen Seite machen das Modellprojekt zu einem besonderen gemeinsamen Lernprozess und betonen seinen experimentellen Charakter.

Das Konzept „Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam“ umfasst drei Bausteine: 1. eine WerkStadt für Beteiligung (WfB), die über eine zweiteilige Struktur verfügt und gleichberechtigt von der Verwaltung und einem freien Träger organisiert wird; 2. ein Beteiligungsrat (BR), der die Bürgerbeteiligung in der Stadt Potsdam kritisch begleitet und unterstützt; 3. Grundsätze für Bürgerbeteiligung in Potsdam, an denen sich Politik, Verwaltung und Bewohnerschaft gemeinsam orientieren. Alle drei Bausteine werden im Folgenden ausführlicher betrachtet (3.2ff.). Vorangestellt werden Befunde und Empfehlungen zum Modellvorhaben, die über einzelne Bausteine des Modellprojekts hinausgehen (3.1).

### 3.1. Das Modellvorhaben

#### **Mutige Idee, innovatives Gesamtkonzept, gelungener Start und positiver Verlauf: Das Modellprojekt eignet sich für eine dauerhafte Implementierung**

Das Modellvorhaben verfolgt mit seinem experimentellen Charakter anspruchsvolle Ziele. Ob die beteiligten Akteure und Akteursgruppen (Stadtverwaltung, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft) diese einlösen können oder ob am Ende vom „Scheitern“ eines ambitionierten Ansatzes gelernt werden muss, war deshalb eine wichtige Ausgangsfrage. Besonders herausfordernd war vor allem, dass die neu gebildeten Organisationseinheiten (WfB und BR) möglichst rasch „funktionieren“ mussten, um u.a. Netzwerke aufzubauen, Projekte anzustoßen, in die Stadtgesellschaft zu wirken und Strukturen aufzubauen, die sich für eine Verstetigung empfehlen. Die beteiligten Personen mussten sich – in unterschiedlicher Intensität – zügig in ihre neuen Aufgabenfelder einfinden, Konkurrenzen mit „alten Hasen“ ausloten und sich zu Schnittstellenakteuren im Kompetenzfeld Bürgerbeteiligung qualifizieren.

Nach gut zwei Jahren Projektlaufzeit lässt sich feststellen, dass mit dem Modellprojekt die gesetzten Ziele erreicht werden konnten. Die Struktur des Modellvorhabens konnte erfolgreich umgesetzt werden und wird von den unterschiedlichen Akteuren positiv wahrgenommen. Dabei erhält vor allem die experimentelle Konstruktion viel Zustimmung. Mehr Beteiligung auf unkonventionellem Wege wagen, diesem Ziel ist die Stadt Potsdam ein erhebliches Stück näher gekommen, was sich vor allem an den konfliktbehafteten Beteiligungsprozessen und den zahlreichen Dialogen mit verwaltungskritischen Gruppen ablesen lässt. Neue Kommunikationswege in die Verwaltung und die Stadtgesellschaft sowie zwischen Stadtverwaltung, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft, die sich aus organisierten Gruppen und einzelnen Bürger/innen zusammensetzt, konnten etabliert werden, Vorurteile und Blockadehaltungen beginnen zu bröckeln. Die Beteiligungs- und Kommunikationskultur entwickelte sich positiv weiter. Die jeweiligen Rollen von Stadtverwaltung, Kommunalpolitik und Bürger/innen wurden intensiv reflektiert und

konnten – im Zuge des Zusammenspiels der Akteure – zum Teil neu ausgerichtet werden. Der eingeschlagene Weg erweist sich bereits nach zwei Jahren als trag- und zukunftsfähig.

Trotz bis zum Abschluss der Evaluation noch ausstehender methodischer Bausteine zeigt die Zwischenauswertung, dass das Modellvorhaben dauerhaft implementiert und damit verstetigt werden sollte. Die Grundidee dreier ineinandergreifender Bausteine ist richtig, die einzelnen Bausteine sind stimmig konzipiert. In der konkreten Ausgestaltung sollten sie in der ersten Phase der Verstetigung in einzelnen Aspekten weiterqualifiziert werden. Vor diesem Hintergrund werden in den Handlungsempfehlungen neben einer Bewertung der bisher erzielten Ergebnisse weitergehende Erfordernisse für die Weiterentwicklung und Qualifizierung einzelner Bausteine sowie des Zusammenspiels der Bausteine unterbreitet.

Empfehlungen:

- Das Modellvorhaben „Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam“ sollte verstetigt werden.
- Die drei Bausteine des Modellprojekts (WerkStadt für Beteiligung, Beteiligungsrat, Grundsätze für Beteiligung) sollten in ihrer Struktur und ihren Zielen beibehalten werden.
- Offen gebliebene Fragen zu den drei Bausteinen und ihrem Zusammenwirken sollten im Zuge der Verstetigung bearbeitet und geklärt werden. Hierfür werden in der vorliegenden Zwischenbilanz Empfehlungen unterbreitet.

### 3.2. Baustein „WerkStadt für Beteiligung“

#### Die WerkStadt für Beteiligung steht für eine neue Beteiligungskultur in Potsdam

Die WfB wirkt – bereits nach zwei Jahren ihrer Arbeit – als Fach- und Schnittstelle für Beteiligung in Potsdam. Gemeinsam und gleichberechtigt getragen von der Landeshauptstadt Potsdam und dem freien Träger mitMachen e.V. ist es ihre Aufgabe, bei der Planung, Durchführung und Rechenschaft von Beteiligung zu begleiten, zu unterstützen und zu beraten (nicht jedoch, die Beteiligungsverfahren selbst durchzuführen). Sie wirkt dabei nicht allein in die Verwaltung, sondern versteht sich im gleichen Maße als Partnerin für alle interessierten Gruppen, Initiativen und Vereine in der Stadtgesellschaft. Neben der Unterstützung von Beteiligungsprozessen unterbreitet die WerkStadt Vorschläge, wie Beteiligung in Potsdam insgesamt entwickelt, vertieft und besser verankert werden kann (vgl. 1. Jahresbericht des Modellprojekts „Strukturierte Bürgerbeteiligung“, 2014, S. 12).

Die im Rahmen des Modellprojekts gewählte Struktur, eine gemeinsam und gleichberechtigt von Verwaltung und freiem Träger betriebene WerkStadt für Beteiligung, ist neuartig; diese Konstruktion gibt es bislang in keiner anderen deutschen Kommune. Das bedeutet, dass die Struktur ohne Rückgriff auf Vorbilder oder in anderen Kommunen gemachten Erfahrungen eingeführt und etabliert werden musste. Der Aufbau der WerkStadt ist damit – im Vergleich zu anderen bereits eingeführten Modellen – grundsätzlich aufwändiger, zeitintensiver und stärker anfällig für Fehler. Er kommt einem Experiment gleich.

Die jeweiligen Aufgaben und Rollen der beiden Teile des Büros wurden seit dem Start des Modellprojekts ausgearbeitet und weiterentwickelt. Dies schließt die Zusammenarbeit mit dem

Beteiligungsrat ein. Wenngleich die beiden Büroteile entsprechend ihrer jeweiligen Kompetenzen und Zugänge spezifische Zuständigkeiten haben und entsprechende Schwerpunkte bearbeiten (externes Büro/bottom up; internes Büro/top down), agieren sie durchgängig als Einheit. Die WfB ist *eine* Einrichtung und die Angelegenheiten und jeweiligen Beteiligungsprozesse werden gemeinsam besprochen.

Die verschiedenen Gruppen, die die Hilfe und Unterstützung der WfB in Anspruch nehmen wollen, wenden sich jeweils an den Büroteil, dem sie sich verbunden bzw. von dem sie sich vertreten fühlen. Bei Initiativen, Vereinen und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern ist dies eher der Verein mitMachen. Die Fachverwaltungen der Landeshauptstadt wenden sich hingegen eher an den in der Verwaltung angesiedelten Teil. Damit kommen die jeweiligen Profile bei der Ansprache und Beteiligung zielführend zum Einsatz; die Beteiligung gestaltet sich niedrigschwellig.

Die Zusammenarbeit zwischen externem und internem Träger der WfB basiert gegenwärtig auf eher offen formulierten Richtlinien der Zusammenarbeit, die erfordern, dass der gleichberechtigte Ansatz der Arbeit der WfB vor dem Hintergrund immer wieder neuer Prozesse und Herausforderungen laufend verhandelt werden muss. An einer gemeinsamen Geschäftsordnung wird gearbeitet.

Insgesamt wird das Modell von internem und externem Büroteil innerhalb der Potsdamer Verwaltung und der Kommunalpolitik sehr positiv wahrgenommen. Die Konstruktion wird in ihrer Besonderheiten akzeptiert und wertgeschätzt. Der Erfolg der WfB wird zudem in engem Zusammenhang mit den handelnden Personen gesehen.

Der Mut zum Aufbau einer experimentellen Beteiligungsstruktur hat sich ausgezahlt. Die Arbeit der WfB zeigt, dass es auch in der verhältnismäßig kurzen Projektlaufzeit gelungen ist, sich als Kompetenzzentrum für Bürgerbeteiligung zu etablieren. Besonders hervorzuheben ist, dass es den beiden unterschiedlichen Akteuren Verwaltung und organisierte Zivilgesellschaft (freier Träger) gelungen ist, ihre unterschiedlichen Handlungsweisen und -logiken in einer Arbeitseinheit zusammenzuführen. Die WfB agiert als eine Organisation, in der jedoch die beiden spezifischen Profile weiterhin sichtbar sind.

Laut Jahresbericht 2014 sind die Aufgaben im Verlauf des Modellprojekts und mit zunehmendem Bekanntheitsgrad und Etablierung der WfB gewachsen: Die zu Beginn des Modellprojekts eher punktuelle Beratung ist in eine Planung und Gestaltung umfangreicherer Beteiligungsprozesse übergegangen. Die Kompetenz der WfB wird umfassend abgefragt und genutzt, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch in der Öffentlichkeit. Inhaltlich beschäftigt sich die WfB mit einer großen Bandbreite an Themen von der Unterbringung von Flüchtlingen, über Mieterinitiativen und dem Leitbildprozess bis hin zum Dialog zu Bebauungsplänen.

Zur besseren Übersicht wurden „Steckbriefe“ für alle von der WfB begleiteten Beteiligungsprozesse erstellt. Dort ist detailliert vermerkt, worum es bei einem Prozess ging, wer ihn angestoßen hat und wo man sich über die Ergebnisse informieren kann. Ein Beteiligungsatlas ist in Vorbereitung. Dieser Form der Darstellung ermöglicht allen Interessierten einen schnellen und übersichtlichen Einblick in die Beteiligungsprojekte.

Insgesamt werden im Jahresbericht 2014 22 Beteiligungsprozesse aufgeführt, die die WfB begleitet hat. Der Schwerpunkt lag hierbei zu rund drei Vierteln auf sogenannten Top-Down-Prozessen, also Prozessen, die von Politik und Verwaltung angestoßen wurden, um die Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Um dem mit Blick auf die bottom-up-Prozesse bestehenden Ungleichgewicht entgegenzuwirken, intensivierte die WfB in 2015 den Kontakt zur Zivilgesellschaft sowie die Öffentlichkeitsarbeit.

Die Vielzahl und das breite Aufgabenspektrum der WfB weisen eindrucksvoll nach, dass die WfB in der Potsdamer Beteiligungskultur mittlerweile eine wichtige Rolle einnimmt. Gleichzeitig erforderte das wachsende Arbeitspensum die Entwicklung strukturell-strategischer Bausteine.

Empfehlungen:

- Die WfB sollte als ein Baustein des Modellvorhabens beibehalten werden; dies betrifft auch die konkrete Ausgestaltung seiner Doppelstruktur in einen internen und externen Teil.
- Noch offene Aspekte, die sich u.a. aus den jeweiligen Rollen, Aufgaben und der Abstimmung zwischen internem und externem Büroteil ableiten (s.u.), sollten im Zuge der Verstetigung geklärt werden. Sie sollten zur Unterstützung und Verstetigung der internen Arbeitsabläufe und zur Transparenz nach außen schriftlich – in einer gemeinsamen Geschäftsordnung oder Regeln zur Zusammenarbeit – festgehalten werden.
- Mit Beginn der Verstetigung sollten die Schwerpunktsetzungen der Arbeit und der konzeptionelle Rahmen geprüft und ggf. weiterentwickelt werden. Zudem sollte die WfB ein stärkeres Gewicht auf die Entwicklung und Umsetzung strategisch-konzeptioneller Bausteine der Beteiligung legen. Hierzu gehört neben der Umsetzung des geplanten Beteiligungsatlasses und der Prüfung von Bausteinen wie einer Vorhabenliste auch die Qualifizierung des strategischen Projektmanagements.
- Mit Blick auf die Auswahl und Bewertung der zukünftig zu begleitenden Beteiligungsprojekte sollten Auswahl- und Bewertungskriterien festgelegt werden (s. Baustein Grundsätze zur Beteiligung) und eine Entscheidung getroffen werden, ob und wie hierbei die Rolle des Beteiligungsrats gestärkt wird.

### **Die WerkStadt für Beteiligung dient der Verwaltung als Kompetenzzentrum für Beteiligung – sie qualifiziert und entlastet die Verwaltung**

Mit der Einrichtung der WfB wurde in der Verwaltung eine neue Organisationseinheit geschaffen, die entweder „zwischen den Stühlen sitzt“ oder als gelungene Brücke zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft funktionieren kann. Ob das Experiment WfB innerhalb der Verwaltung funktioniert, steht in engem Zusammenhang mit der verwaltungsinternen Akzeptanz der WfB.

Die anfängliche Skepsis der Fachverwaltungen ist mittlerweile der überwiegenden Akzeptanz und Anerkennung gewichen, d.h. die WfB wird verwaltungsintern als kompetent und hilfreich erlebt. Dabei wird durchaus Wert darauf gelegt, dass die Fachlichkeit in den entsprechenden Verwaltungen vorgehalten wird. Die WfB fungiert im Ergebnis als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Einwohnerschaft. Dabei hat sie sich im Laufe der Zeit als Kompetenzzentrum für



die Verwaltung etabliert. Die Mitarbeiter/innen der WfB stehen als Ansprechpartner/innen für die Geschäftsbereiche der Verwaltung zur Verfügung und geben Hilfestellung bei Beteiligungsprozessen. Teilweise übernehmen sie auch die Konzeption und Durchführung von Beteiligungsveranstaltungen. Im Ergebnis kann die Verwaltung Prozesse der Bürgerbeteiligung noch besser planen und koordinieren. Die WfB entlastet und qualifiziert die Verwaltung in Sachen Bürgerbeteiligung.

Sie fungiert zudem bei schwierigen Beteiligungsprojekten als „Puffer“ bzw. „Prellbock“ für die Verwaltung. Da die WfB z.B. Moderationen übernimmt, ermöglicht sie es der Verwaltung, sich bei der Durchführung von Beteiligungsveranstaltungen auf die fachliche Seite zu konzentrieren. Zudem wird die WfB von der Verwaltung zur Entschärfung von Konflikten einbezogen. Dies trägt zu einer Stärkung der Beteiligungskultur in der Verwaltung bei.

Für die Verwaltung ist von besonders hohem Nutzen und Wert, dass es der WfB gelingt, den Kreis der beteiligten Bürger/innen zu erweitern. Die WfB ermöglicht einen Zugang zu Bürgergruppen, die mit der Verwaltung nicht reden (wollen) und sie organisiert die Ansprache und Aktivierung bislang wenig erreichter Bevölkerungsgruppen und Personen. Gerade durch das besondere Profil des externen Büroteils unterstützt die WfB Prozesse der Selbsthilfe und Eigeninitiative, so dass die Verwaltung in diesem Punkt entlastet wird. Zudem werden der Verwaltung Kooperationen ermöglicht, zu denen sie auf anderem Weg keinen oder nur schwer Zugang findet.

Empfehlungen:

- Die bestehende Arbeitsteilung zwischen Verwaltung und WfB sollte fortgeführt und weiterentwickelt werden, sie hat sich bewährt.
- Im ersten Jahr der Verstetigung sollte geprüft werden, ob sich innerhalb der Verwaltung eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe zum Thema Beteiligungskultur bildet, die mit der WfB zusammenarbeitet und die Arbeitsteilung zwischen WfB und Verwaltung weiter konkretisiert.
- Weitere Handlungsempfehlungen können erst auf Grundlage der zweiten Interviewrunde (vgl. Punkt 4) formuliert werden.

### **Die WerkStadt für Beteiligung fördert die Aktivierung durch Vernetzung und Mobilisierung**

Im Sinne einer Aktivierung durch Vernetzung und Mobilisierung koordiniert und begleitet die WfB Bürgerbeteiligungsprozesse und -projekte. Die WfB stellt die Verbindung zu Initiativen, Stadteilräten, Bürgervertretungen und Einrichtungen her und dient als Ansprechpartnerin für die Einwohnerschaft. Sie vermittelt beteiligungsorientierte und beteiligungsförderliche Kompetenzen an Initiativen, Vereine und Bürger/innen, die sich aktiv beteiligen wollen. Gleichzeitig geht sie aktiv auf Bürgerinnen und Bürger zu, die sich bisher durch die vorhandenen Formen der Beteiligung nicht angesprochen fühlen. Damit konnten bereits in der Modellphase Hürden der Beteiligung abgebaut und ein niedrighschwelliger Zugang zur Beteiligung befördert werden. Im Ergebnis kommt die Stadtverwaltung in Kontakt mit Gruppen, zu denen sie bislang keinen oder kaum Zugang hatten. Dieser Zugang wird insbesondere durch den externen Träger als Teil der WfB hergestellt.

### Empfehlungen:

- Die erfolgreich begonnene Aktivierungsarbeit des externen Büros sollte einen Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit bilden, da diese ein grundlegender Bestandteil der Konzeption des Modellprojekts ist und erheblich zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft beiträgt. Da der Bedarf hierfür im Vorfeld kaum abschätzbar und somit auch nur schwer festzulegen ist, sind der erforderliche Arbeitsaufwand und die dafür erforderlichen Ressourcen der WfB regelmäßig zu überprüfen
- Bei der zukünftigen Ansprache und Aktivierung von Akteuren aus der Zivilgesellschaft durch die WfB ist dafür Sorge zu tragen, dass nicht allein organisierte Bürger/innen (BlS, Vereinsmitglieder etc.) adressiert werden, sondern auch „unorganisierte“ Personen angesprochen werden. Hierauf ist bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Wahl der Formate besondere Aufmerksamkeit zu legen. Die Erfahrungen sollten ausgewertet und in einem schriftlichen Konzept niedergelegt werden.
- Zur Beförderung der Beteiligung und Aktivierung können Initiativrechte zur Bürgerbeteiligung beitragen. Ob dies auch für Potsdam ein weiterer Baustein der Beteiligung darstellen kann, sollte geprüft werden, z.B. in Verbindung mit dem geplanten Beteiligungsatlas oder einer Vorhabenliste.
- Die Bewertung der Akzeptanz der WfB in der Zivilgesellschaft kann im Rahmen der Evaluation bislang aufgrund der mangelnden empirischen Basis nicht vorgenommen werden (vgl. Punkt 4).

### **Kontroversen werden konstruktiv ausgetragen**

Angesichts der Vielzahl der Beteiligungsprozesse und -projekte, die die WfB begleitet, sowie der unterschiedlichen Hintergründe und Profile der beiden Büroteile ergeben sich bei der Einschätzung und Bewertung einzelner Beteiligungsprozesse gelegentlich Unterschiede, die bei besonders strittigen Projekten auch zu Kontroversen führen. Um bei diesen absehbaren Konflikten möglichst früh und konstruktiv Wege zum Umgang und Lösungen zu finden und die konstruktive Zusammenarbeit fortzusetzen, ohne das spezifische Profil zu verlieren, wurden zwischen der Arbeits- und der Leitungsebene von mitmachen e.V. und der Stadtverwaltung (FB 92) konkrete Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen. Im Rahmen regelmäßig anzuberaumender Treffen sollen zukünftig kontroverse und als brisant wahrgenommene Verfahrensfragen diskutiert, Vereinbarungen zum Umgang mit diesen und der entsprechende Einsatz der Mitarbeiter/innen geklärt werden. Anschließend sollen die Ergebnisse unter Beteiligung der Leitungsebenen dem Beteiligungsrat vorgestellt werden. Erarbeitet werden soll zudem eine Regelung zum Vertrauensschutz und zum Umgang mit sensiblen Informationen, die die unterschiedlichen Rahmenbedingungen des externen und internen Teils berücksichtigt.

### Empfehlungen:

- Die unterschiedlichen Profile der beiden Teile der WerkStadt sollten deutlich bleiben, da sie den Kern des Kommunikationsansatzes bilden. Das bedeutet, dass kontroverse Einschätzungen auch innerhalb der WerkStadt möglich sein sollten.
- Die Klärungsgespräche zum Umgang mit kontrovers eingeschätzten Beteiligungsprojekten sind Bestandteil der Verstärkung und sollten in die gemeinsamen Regeln der Zusammenarbeit übernommen werden. Ihr Ertrag und Nutzen sind nach einer Anfangs-

phase auszuwerten. Erforderliche Anpassungen von Arbeitsabläufen o.ä. sollten entsprechend der getroffenen Vereinbarungen erfolgen.

- Die Erarbeitung von Auswahl- und Qualitätskriterien für Beteiligungsprojekte sollte fortgesetzt und abgeschlossen werden (s.a. Baustein Grundsätze für die Bürgerbeteiligung). Dabei ist auch zu entscheiden, ob und wenn ja, in welcher Form der Beteiligungsrat in den Prozess der Erörterung kontrovers eingeschätzter Beteiligungsprozesse eingebunden wird.

### **Zusammenarbeit zwischen WerkStadt für Beteiligung und Beteiligungsrat ist etabliert und sollte auf dieser Basis weiterentwickelt werden**

Die WfB nahm von Beginn an regelmäßig an den Sitzungen des BR teil und stellte ihre Arbeitspläne und Tätigkeiten dort vor. In der Anfangsphase nahmen die Mitarbeiter/innen der WerkStadt für Beteiligung in den Sitzungen des Beteiligungsrates mit ihren Präsentationen und Diskussionsbeiträgen viel Raum ein. Die gegenseitigen Erwartungen waren zu Beginn noch unklar und mussten in mehreren Sitzungen des Beteiligungsrates und Reflexionsrunden konkretisiert, diskutiert und konkreter vereinbart werden. Die Dominanz der WfB ist merklich zurückgegangen. In den Sitzungen des Beteiligungsrates informiert die WfB ausführlich über ihre Tätigkeit, bindet den Beteiligungsrat mit seinen Kompetenzen aber noch zurückhaltend ein. Um eine entsprechende Zusammenarbeit unter Berücksichtigung des jeweiligen Nutzens und der jeweiligen Erwartungen weiterzuentwickeln, hat die WfB dem BR ein Papier „Was wünschen wir uns von der Arbeit von und mit dem Beteiligungsrat“ (Februar 2016) zur Diskussion gestellt.

Empfehlungen:

- Die WfB und der BR sind zwei unverzichtbare Bausteine der zukünftigen strukturierten Bürgerbeteiligung in Potsdam. Aufbauend auf den Erfahrungen der Modellphase sollte die Zusammenarbeit zwischen WfB und BR mit Blick auf die gegenseitigen Erwartungen weiterentwickelt werden.
- Die WfB sollte ihre Erwartungen an den Beteiligungsrat hinsichtlich der Mitwirkung, Mitsprache oder der Mitentscheidung bei Fragen, wie bspw. der Auswahl und Bewertung der begleiteten Beteiligungsprozesse, auf Basis des Diskussionspapiers vom Februar 2016 und der damit einhergehenden Diskussion im Beteiligungsrat weiterentwickeln. Die zukünftige Zusammenarbeit von WfB und BR sollte auf der Grundlage noch zu konkretisierender Zuständigkeiten erfolgen. So ist zu klären, welche Verbindlichkeit die Handlungsempfehlungen des BR für die Arbeit der WerkStadt haben.

### **Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit**

Das Modellprojekt, insbesondere die WfB in ihrem besonderen Profil, ist nachgefragt, nicht nur bei Bürger/innen, die Unterstützung benötigen, sondern auch bei anderen Kommunen und der Fachöffentlichkeit. Dies steht in engem Zusammenhang mit der in der Modellphase aufgebauten Öffentlichkeitsarbeit auf verschiedenen Ebenen:

Einen Schwerpunkt bildet die Internetseite, die über alle Aktivitäten des Modellprojekts informiert und die Arbeit der WfB dokumentiert (siehe <https://buerbeteiligung.potsdam.de/>). Ein Ausbau, auch in Richtung Online-Beteiligung, ist geplant.

Ein weiterer Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit ist die Netzwerkarbeit, die ebenfalls kontinuierlich ausgebaut wurde. Die WfB ist innerhalb Potsdams – insbesondere aufgrund ihrer Doppelstruktur – in verschiedene Bereiche sehr gut vernetzt. Gleichwohl arbeitet sie laufend am Ausbau der Vernetzung, um noch bekannter zu werden und mehr Interessierten die Beteiligung und das eigene Angebot nahezubringen. Ergebnis der positiv aufgenommenen Öffentlichkeitsarbeit und des steigenden Bekanntheitsgrads ist eine Zunahme der Anfragen und damit des Arbeitspensums der WfB.

Darüber hinaus präsentierte die WfB das Modellprojekt auf verschiedenen Konferenzen und bedient somit das Interesse insbesondere anderer Kommunen, die ihre Beteiligungskultur weiterentwickeln wollen. Dort liegt eine besondere Aufmerksamkeit auf der neuartigen Struktur der WfB. Das Modellprojekt mit all seinen Bausteinen ist in der Fachöffentlichkeit präsent und erfährt dort eine Würdigung.

Im Ergebnis der verschiedenen, erfolgreich angelegten Formen der Öffentlichkeitsarbeit, ist das Modellprojekt insbesondere im kommunalen Zusammenhang als „Leuchtturm“ und Besonderheit im Gespräch. Gerade die WfB steht als Garant und Aushängeschild für einen Potsdamer Weg der Beteiligung.

Empfehlungen:

- Die Öffentlichkeitsarbeit ist in ihren unterschiedlichen Bausteinen und der Ausrichtung auf unterschiedliche Zielgruppen fortzuführen, um Bürgerbeteiligung transparent und informativ zu kommunizieren, den Potsdamer Weg der Bürgerbeteiligung öffentlich zu dokumentieren und als gutes Beispiel bekannt zu machen.
- Wie von der WfB geplant, sollte die Internetseite weiterentwickelt und Formen der E-Partizipation integriert werden. Das diesbezügliche Vorgehen sollte mit dem Beteiligungsrat diskutiert und abgestimmt werden.
- Die hierfür erforderlichen Ressourcen sind in den Ressourcen der WfB zu berücksichtigen.

### 3.3. Baustein „Beteiligungsrat“

#### **Unverzichtbarer Ratgeber und konstruktiver Kritiker von Beteiligungsprojekten**

Der Beteiligungsrat (BR) ist ein gemäß § 12 der städtischen Hauptsatzung neu geschaffenes, ehrenamtliches, unabhängiges und beratendes Gremium. Er hat den Auftrag, die WerkStadt für Beteiligung während der dreijährigen Pilotphase zu beraten und bei der konzeptionellen Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung zu unterstützen. Der Beteiligungsrat setzt sich aus 14 Personen zusammen, neun ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern, zwei Stadtverordneten, zwei Verwaltungsmitarbeitern und einem fachlichen Experten. Der Beteiligungsrat wird extern moderiert, er verfügt über keinen eigenen Etat.

Der Beteiligungsrat konnte sich als wichtiger Baustein des Modellprojekts etablieren. Auf der Basis der Grundsätze zur Bürgerbeteiligung bewertet er laufende Beteiligungsprozesse und schlägt – sofern notwendig – Veränderungen vor. Der Beteiligungsrat berät darüber hinaus die WerkStadt für Beteiligung bei konzeptionellen Fragen. Dies führt durch den direkten Einbezug des Erfahrungswissens interessierter Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite und der Expertise aus Politik, Verwaltung und von Experten auf der anderen Seite zu einer bereits zum jetzigen Zeitpunkt deutlich wahrnehmbaren Qualifizierung der Bürgerbeteiligung in Potsdam.

Der Start des Beteiligungsrates war kein einfacher, da zu Beginn seine Rolle und Funktion nicht eindeutig formuliert waren und von verschiedenen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Stadtgesellschaft sowie der WfB widersprüchliche Erwartungen hinsichtlich seiner Aufgaben bestanden. Eine besondere Herausforderung lag in der abstrakten Aufgabe, sich mit der Struktur und dem Konzept der zukünftigen Bürgerbeteiligung in Potsdam auseinanderzusetzen. Der Beteiligungsrat musste zudem zu Beginn deutlich machen, dass die Einrichtung eines Beteiligungsrates alleine noch keine Beteiligung der Bürger/innen und er somit auch kein Alibi für Bürgerbeteiligung ist. In einem intensiven und arbeitsreichen Prozess wurde zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit und als Grundlage der weiteren Arbeit eine Geschäftsordnung erarbeitet. Dieser Prozess trug dazu bei, Ziele und Spielregeln der Zusammenarbeit intensiv zu diskutieren und gemeinsam festzulegen. Im weiteren Verlauf wurde darauf aufbauend das Rollen- und Aufgabenverständnis, die Schwerpunktsetzung der Aktivitäten und die konkrete Zusammenarbeit im Beteiligungsrat diskutiert und weiterentwickelt. Im Ergebnis entwickelte sich ein unverkennbares Profil des Beteiligungsrates als kompetentes Beratungs- und Unterstützungsgremium.

#### Empfehlungen:

- Der Beteiligungsrat sollte als ein Baustein des Modellvorhabens beibehalten werden.
- Der Beteiligungsrat sollte seine Arbeitsschwerpunkte weiter konkretisieren und seine Rolle zwischen Verwaltung, Politik, WerkStadt für Beteiligung und Stadtgesellschaft weiter schärfen.
- Da mit einer Verstetigung der strukturierten Beteiligung die „Amtszeit“ der jetzigen Mitglieder des BR abläuft, ist bis zum Ablauf der Modellphase ein neues Verfahren der Besetzung zu entwickeln und festzulegen. Die Vorschläge des Beteiligungsrats aus dem „Jahresrückblick 2015“ sind für die personelle (Neu-)Besetzung des Gremiums zu berücksichtigen; die Entscheidung des BR zu den unterbreiteten zwei Varianten ist abzuwarten und sollte akzeptiert werden.

Auszug aus dem Papier „Jahresrückblick 2015“: „Damit diese anwaltschaftliche Rolle einer Feedback- und Kontrollinstanz erhalten bleibt, sollte sich die Zusammensetzung aus Bürger\*innen, Verwaltung und Politik, ergänzt um Expert\*innen und die Mitarbeitenden der WerkStadt für Beteiligung grundsätzlich nicht ändern. (...) Der Beteiligungsrat schlägt vor, dass seinen derzeitigen Mitgliedern freigestellt ist, inwieweit sie bei einer Verlängerung des Modellprojekts engagiert bleiben oder ihre Mitgliedschaft niederlegen. Wünschenswert erscheint uns ein Kompromiss aus personeller Kontinuität und Austausch der Mitglieder. Wir schlagen deshalb zwei zielführende Varianten bezüglich einer Verlängerung des Modellprojekts vor. Variante 1: Es wird ein Pool von interessierten Bürger\*innen gebildet, aus denen im gleichen Maße Bürgerinnen bzw. Bürger nachnominiert werden, wie Mitglieder ausscheiden. Variante 2: Es wird ein jährlicher Austausch jeweils der Hälfte aller Bürger\*innen im Beteiligungsrat vorgenommen, wobei Neumitglieder in einem Verfahren analog der Auswahl von Interessierten für das Bürger\*innenhaushaltsteam gewonnen werden könnten.“

## **Zusammensetzung und Arbeitsweise des Beteiligungsrates: Dialogische Kompetenz an der Schnittstelle von Laien- und Expertenwissen**

Im Beteiligungsrat arbeiten Menschen mit unterschiedlichem Wissen und Erfahrungen zu Bürgerbeteiligung zusammen. Die einen befassen sich professionell mit Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung, die anderen beteiligen sich auf der Basis ihres Erfahrungswissens als Bürger/innen an den Prozessen und Projekten. Der Anspruch des Beteiligungsrates, dass Laien und Profis der Bürgerbeteiligung trotz unterschiedlicher Voraussetzungen auf Augenhöhe zusammenarbeiten, stellt sowohl ein Qualitätsmerkmal als auch eine besondere Herausforderung der Arbeit dar.

Anfängliche Spannungen, Frustrationen und Unverständnis führten zu einer wachsenden Sorgfalt und Sensibilität, mit der inzwischen nicht nur die Sitzungen des Beteiligungsrates begleitet, sondern auch Strukturen angepasst und die Gesprächskultur im Beteiligungsrat verändert wurde. Im Ergebnis zeigt sich ein arbeitsfähiges Gremium, in dem den beteiligten Bürger/innen eine besondere Aufmerksamkeit zukommt, sind sie es doch, die sich ehrenamtlich in ihrer Freizeit engagieren. Die Etablierung von Diskussionen auf Augenhöhe und der Aufbau eines offenen Gesprächsklimas sind nicht zuletzt Ergebnis der unterstützenden externen Moderation. Da der Beteiligungsrat nicht über ein eigenes Budget verfügt, wird die externe Moderation aus dem Budget der WfB getragen.

Da bisher der Beteiligungsrat der Baustein ist, an dem die drei Akteure Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft im Sinne eines dialogischen Gremiums explizit eingebunden sind, um den Prozess durch ihr jeweiliges Wissen zu qualifizieren, kommt der Zusammensetzung des BR eine besondere Rolle zu. Die gewählte Struktur hat sich bisher als sinnvoll und arbeitsfähig erwiesen.

Empfehlungen:

- Mit Blick auf die ehrenamtliche Tätigkeit und die sich daraus ergebenden zeitlichen Ressourcen der gelosten Bürgervertreter/innen sollte das Arbeitsspektrum des Beteiligungsrates kontinuierlich überprüft und angepasst werden, um Überforderungen zu vermeiden.
- Zudem sollte überprüft werden, inwieweit der Transfer in die jeweiligen Akteursgruppen (Stadtverwaltung, Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft) gelingt, d.h. Ergebnisse des BR und des Modellprojekts beispielsweise in den Fraktionen bekannt sind.
- Im Zuge der Verstärkung des Modellprojekts sollte die Einrichtung eines eigenen Budgets für den Beteiligungsrat geprüft werden, auf Grundlage dessen der Beteiligungsrat bspw. eigenständig über die Notwendigkeit einer externen Moderation oder über eine Moderationsschulung für die Mitglieder entscheiden könnte.

## **Zusammenarbeit mit WerkStadt für Beteiligung: Unverzichtbares Wissen**

Im Rahmen seiner Rolle als Beratungs- und Unterstützungsgremium arbeitet der BR von Beginn an eng mit der WfB zusammen und berät diese in ihren vielfältigen Aufgaben. Da in der Konzeption des Modellvorhabens die konkrete Form der Kooperation und die Einflussmöglichkeiten des BR nicht näher bestimmt waren, mussten zu Beginn der Modellphase Spielregeln defi-

niert und Erwartungen formuliert werden. Dieser Prozess ist bisher nicht abgeschlossen, Erwartungshaltungen beider Seite müssen immer wieder neu aufeinander abgestimmt werden.

Empfehlungen:

- Die Zusammenarbeit von BR und WfB sollte – auch auf Basis der aktuellen Papier der WfB zur Zusammenarbeit sowie dem Jahresrückblick 2015 des BR und der damit einhergehenden Diskussionen – weiterentwickelt werden, um das Erfahrungs- und Expertenwissen des BR noch stärker in die Arbeit der WfB einfließen zu lassen.
- In der Zusammenarbeit zwischen Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung sollten die Kompetenzen des Beteiligungsrates noch deutlicher zum Tragen kommen. So ist zu überlegen, ob der Beteiligungsrat neben seiner beratenden Funktion zukünftig auch darüber entscheiden sollte, wo Beteiligungsprojekte angeboten werden und welche Beteiligungsprojekte bevorzugt bearbeitet werden sollten.
- Die Überlegungen des Beteiligungsrates (in der Sitzung vom 17.2.2016) bezüglich einer verbindlichen (schriftlich fixierten) Form der Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen WfB und BR sollten diskutiert und geprüft sowie – entsprechend der Diskussionsergebnisse – umgesetzt werden.

### 3.4 Baustein „Grundsätze für Bürgerbeteiligung in Potsdam“

#### **Grundsätze für Bürgerbeteiligung für Potsdam sind richtungsweisend für die Arbeit der WerkStadt für Beteiligung und des Beteiligungsrates**

Auf der Open-Space-Konferenz im Oktober 2011 wurden von den Teilnehmer/innen Grundsätze für Bürgerbeteiligung entwickelt (Verbindlichkeit, frühzeitige Einbeziehung, Informationsbereitstellung, Kommunikation, Aktivierung, Anerkennungskultur und Gleichbehandlung) mit dem Ziel, dass diese sieben Grundsätze handlungsleitenden Charakter für den Umgang aller mit der Bürgerbeteiligung befassten Akteure und Akteursgruppen (Verwaltung, Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft) haben. Die Grundsätze wurden mit drei Enthaltungen am 12. September 2012 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Die WfB und der Beteiligungsrat richten ihre Arbeit an den Potsdamer Grundsätzen für Bürgerbeteiligung aus. Das betrifft die jeweilige Arbeitsform sowie die Zusammenarbeit, nach der z.B. alle gleich behandelt werden, Wert auf gute Kommunikationsstrukturen und -prozesse gelegt wird und wesentliche und notwendige Informationen allen Beteiligten bereitgestellt werden. Die Grundsätze für Beteiligung werden darüber hinaus der Auswahl und Bewertung der zu begleitenden oder zu bewertenden Beteiligungsprozesse/-projekte zugrunde gelegt. Allerdings stellt sich sowohl für die WfB als auch für den BR die Schwierigkeit, dass die Grundsätze in der Handhabung abstrakt und schwierig sind. Sie wurden zwar jeweils inhaltlich erläutert (s. Zusammenfassung der Ergebnisse der Open-Space-Konferenz sowie [www.buergerbeteiligung.potsdam.de](http://www.buergerbeteiligung.potsdam.de)), jedoch nicht mit Kriterien unterlegt bzw. operationalisiert. Dies führt dazu, dass sich die WfB und der BR jeweils mit einer Operationalisierung der Grundsätze befassen; dieser Prozess ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen.

## Empfehlungen:

- Die Grundsätze der Bürgerbeteiligung sollten als ein Baustein des Modellvorhabens beibehalten werden, da sie sich als wichtiger dritter Baustein des Modellvorhabens erwiesen haben.
- Um die Prozesse und Projekte der Beteiligung besser überprüfen und bewerten zu können, sollten die Grundsätze operationalisiert und mit Kriterien unterlegt werden. Dieser Arbeitsschritt sollte im Zuge der Verstetigung erfolgen, um die Handhabung der Grundsätze zu erleichtern. Zur Unterstützung ist ggf. eine Forschungseinrichtung / universitäres Projekt heranzuziehen.
- Um die Grundsätze einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, sollte darüber diskutiert werden, ob die Grundsätze inhaltlich und in ihrer Funktion sowie in ihrem Zusammenspiel mit den anderen beiden Bausteinen des Modellprojekts in einfache/leichte Sprache übersetzt, grafisch illustriert und veröffentlicht werden. Dies kann dazu beitragen, dass sie gerade von (nicht-organisierten) Bürgerinnen und Bürgern besser nachvollzogen werden können und daher an Relevanz gewinnen. Diese Form der Übersetzung ist professionell zu bearbeiten und daher mit Kosten verbunden.
- Für die Steigerung der Verbindlichkeit der Grundsätze sollte überlegt werden, ob die Grundsätze stärker standardisiert bzw. in Richtung Leitlinien / Standards für Bürgerbeteiligung weiterentwickelt werden sollen. Dies würde ermöglichen, die Grundsätze durch weitere inhaltliche Bausteine zu ergänzen, wie eine Beteiligungssatzung, Initiativrechte der Bürger/innen für Beteiligungsvorhaben und eine Vorhabenliste (der geplante Beteiligungs-Atlas geht in die Richtung einer Vorhabenliste).

### 3.5 Baustein „Evaluation“

Um dem experimentellen Charakter des Modellprojekts „Strukturierte Bürgerbeteiligung“ als bundesweit bisher einmalige Zusammenarbeit von Verwaltung, einem freien Träger und einem ehrenamtlichen Beirat zur Förderung von Bürgerbeteiligung gerecht werden zu können, umfasst der Beschluss zur Bürgerbeteiligung in Potsdam vom 12. September 2012 gleichfalls die Bereitstellung von Mitteln für eine begleitende wissenschaftliche Evaluation. Die Evaluation ist prozessbegleitend angelegt. Sie nimmt Bezug auf laufende Prozesse und bietet durch die Diskussion von Zwischenergebnissen und Erkenntnissen aus der Evaluation die Möglichkeit zum Nach- und Umsteuern während der Laufzeit des Modellprojekts. Die Evaluation setzt insbesondere im Rahmen der Reflexionsrunden Schwerpunkte bei Bausteinen und Inhalten des Modellprojektes, für die sich aus der Evaluation heraus Hinweise zur Korrektur oder zur Nachsteuerung erkennen lassen.

Die Angebote der Evaluation zur Diskussion, Reflexion und Nachsteuerung wurden von allen Beteiligten angenommen und die Vorschläge zur Nachsteuerung aufgegriffen, diskutiert und das Projekt – sofern notwendig – weiterentwickelt. Das bedeutet, dass der formative Charakter der Evaluation und das Verständnis als gemeinsamer Lernprozess erfolgreich waren.



## Empfehlungen:

- In der Verstetigungsphase sollten regelmäßig eine Selbstevaluation der WerkStadt für Beteiligung und des Beteiligungsrates durchgeführt werden. Hierfür erforderliche Fortbildungen sollten geprüft und wahrgenommen werden.
- Zudem sollte geprüft werden, ob und wie eine externe Evaluation verankert werden könnte, die zu ausgewählten Zeitpunkten (z.B. zwei Mal jährlich) den Verlauf und die Wirkung des Projektes mit den beteiligten Akteuren reflektiert. Daraus möglicherweise resultierende Arbeitsaufgaben und Meilensteine sind dabei zu überprüfen.

## 4. Nächste Arbeitsschritte bis zum Abschluss der Evaluation

Zum Zeitpunkt des vorliegenden Zwischenberichts steht die zweite Interviewrunde noch aus, in der die Einschätzungen zur Durchführung und erster Wirkungen des Modellprojekts aus der Perspektive unterschiedlicher Akteursgruppen erhoben und ausgewertet werden sollen. Nicht berücksichtigt werden konnten deshalb bisher die direkten Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger (Zivilgesellschaft), da auch der Rücklauf des Fragebogens zur Bewertung der Aktivitäten der WerkStadt für Beteiligung und einzelner Beteiligungsprojekte noch aussteht.

Bis zum Abschluss des Modellprojekts werden noch folgende Arbeitsschritte durchgeführt:

- Durchführung und Auswertung von Interviews mit den beteiligten Akteuren (WfB, BR, Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft) zur abschließenden Bewertung des Modellprojekts
- Beobachtende Teilnahme und Auswertung weiterer Sitzungen des Beteiligungsrates
- Durchführung des abschließenden Reflexionsworkshops
- Endbericht und abschließende Empfehlungen.

## ANHANG

### Interviewpartner/innen

- Broneske, Jörn, Beteiligungsrat
- Baumann, Frank, Büro Blau, Moderator Beteiligungsrat
- Götzmann, Andreas, Fachbereichsleiter Stadtplanung und Stadterneuerung
- Hapig-Tschentscher, Christine, FB Stadtentwicklung
- Jetschmanegg, Dieter, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- Jann Jakobs, Oberbürgermeister Landeshauptstadt Potsdam
- Jonas, Nils, Büro für Bürgerbeteiligung (interner Teil)
- Kärsten, Kai-Uwe, Büro für Bürgerbeteiligung (externer Teil)
- Karnstaedt, Sebastian, Büro für Bürgerbeteiligung (interner Teil)
- Klipp, Matthias, Beigeordneter, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt
- Müller, Dr., Sigrid, Stadtverordnete, Fraktion DIE LINKE
- Pfrogner, Steffen, Stadtplaner und Architekt, Mitglied im vorläufigen BR
- Popp, Dr., Axel, Bürgerschaft/ehemaliger Beteiligungsrat
- Schüler, Peter, Stadtverordneter, Fraktion GRÜNE
- Tietz, Katharina, Büro für Bürgerbeteiligung (externer Teil)
- Vogt, Matthias, Beteiligungsrat
- Wolfram, Erik, Bereichsleiter Stadtentwicklung